

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

März 03/2012

Extreme Rechte in Europa auf dem Vormarsch?

Einen sehr gelungenen Start nahm die Veranstaltungsreihe "NIE WIEDER FASCHISMUS"

am 30. Januar im Ostkurvensaal des Weserstadions. Mehr als 100 jugendliche und ältere Antifaschisten zwischen 16 und 90 folgten äußerst gespannt dem Vortrag unseres Kameraden Ulrich Schneider. Mit dieser Reihe, so Florian (Infamous Youth) für die Veranstalter, "erhoffen wir uns reges Interesse auch von Menschen, die sich noch nicht allzu viele Gedanken zu dieser Thematik gemacht haben, aber sich durch ihr Interesse an der Bremer Stadtgeschichte angesprochen fühlen. Es ist wichtig, die Geschehnisse nicht zu vergessen und immer wieder aufzuzeigen, was der Faschismus und seine Unterstützer_innen hier in Bremen, in Deutschland und in großen Teilen der Welt angerichtet hat."

Er betonte, "dass Aufklärungsarbeit in unseren Augen ein unabdinglicher Schritt im Kampf gegen faschistisches und nationalistisches Denken ist." Das Datum 30. Januar sei nicht zufällig gewählt, erläuterte der Vorsitzende der Bremer VVN-BdA, "die Opfer des Faschismus damals und heute sollen nicht vergessen sein, sonst kann sich faschistische Gewalt jederzeit wiederholen. Die Voraussetzungen sind gegeben, soziale Kälte und elitäre Vorstellung des Rechts des Stärkeren liegen in der gesellschaftlichen Struktur eingebettet."

Am Beispiel des Oslo-Attentäters Breivik führte Ulrich Schneider in die extrem rechten Argumentationsweisen ein, denen es um Ausgrenzung unliebsamer Minderheiten geht, vor allem in Form des Antisemitismus. Breivik war kein Einzelgänger, die extrem rassistische norwegische Fortschrittspartei pflegt enge Verbindungen zu britischen Defence League und Organisationen um Blood & Honour. Am Beispiel Dänemarks erläuterte Ulrich Schneider den Einfluss, den so strukturierte Parteien mit bis zu 12% der Wählerstimmen auf rechtskonservative Regierungen nehmen, bis hinein in die Gesetzgebung. Europaweites Auftreten pfl-

gen sie auf Heiß-Gedenkmärschen, die sich nach Verboten in Deutschland nach Däne-



Ulrich Schneiders (mitte) Vortrag im gefüllten Ostkurvensaal fand gespannte Zuhörer

mark verlagerten. Ihre verstärkte Teilnahme an März-Aufmärschen in Lübeck zur Vereinnahmung des Gedenkens an die Opfer alliierter Bombenangriffe gehört ins Bild. Die PVV Geerd Wilders nimmt in den Niederlanden eine ähnliche Stellung ein. Das kürzlich erlassene Burkaverbot ist bislang einsamer Höhepunkt seines Kreuzzugs gegen eine vermeintliche Überfremdung. Der Antisemitismus bringt Vertreter der extremen Rechten in Europa sogar nach Israel, allerdings zu Absprachen mit extrem antisemitischen Gruppierungen dort. Mit

Casa Pound in Italien könnte ein neuer Sammelpunkt für Signale gegen Überfremdung in Europa entstehen. Mordversuche gegen zufällige Opfer zur Erweckung des Rufs nach einem "starken Mann" inbegriffen.

Eine neue Qualität extrem rechter Machtausübung sieht Ulrich Schneider in Ungarn gegeben. Die Groß-Ungarn-Machtträume gehen einher mit einer Treibjagd auf Roma, stärker noch als in den Nachbarstaaten, wo sie schon unter erheblicher Diskriminierung leiden. Mit halb-militärischen Formationen rücken Regierungspartei Fidesz und ihre faschistischen Jobbik-Anhängsel in Dörfer ein, um selbst Hand anzulegen. Unruhe kam in den europäischen Gremien erst auf, als sie Hand an die Banken legten.

Umwertung der Werte macht sich in den Baltischen Staaten breit. Baltische SS-Schergen werden zu Freiheitskämpfern aufgewertet, kommunistische Partisanen wegen Mordes vor Gericht gezerrt. Denkmale von SS-Leuten entstehen in Tallin, dafür werden Befreiungsskulpturen abgerissen oder an den Stadtrand ausgelagert. An der lebhaften Diskussion im Anschluss nahm leider so gut wie keiner der Jugendlichen teil.

Wilhelm Henkel

Diskriminierung, Ausgrenzung, Rechtspopulismus

Anlässlich der Fachtagung "WIR ODER DIE" referierte am 02. Februar in Gewerkschaftshaus unser langjähriger Freund Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Köln) über Rolle und Einfluss des Rechtspopulismus in der BRD. Wie schon Diana Altun in ihrer Einführung darlegte, sollte der Schwerpunkt des Fachtags in der Darstellung des antisemitischen Rassismus angesichts der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung und der verstärkten Verarmung der arbeits-

fähigen Bevölkerung liegen. Christoph Butterwegges Schwerpunktreferat behandelte die Diskriminierung sozialer Randlagen, die Sinnkrise des Sozialstaats, Erscheinungsformen des Rechtspopulismus und Gegenwehr im gewerkschaftlichen Handlungsrahmen. Die krisenhafte Weltwirtschaftsentwicklung erinnere sehr an die Entwicklung der Jahre nach ...

weiter geht es auf Seite 2

Erich Mühsam zum Gedenken

1878 in Berlin geboren, in Lübeck aufgewachsen, verfasste Erich Mühsam mit 15 Couplets mit lokalpolitischem Inhalt. Entsprechend dem Willen des Vaters sollte er Apotheker werden. Als das historische Gebäude des Konkurrenten seines Lehrherrn abgerissen werden sollte, brachte Erich Mühsam in sechs Zeitungen Meldungen unter, die die Pläne der Spekulanten aufdeckten. Der Vater schickte Erich nach Berlin, wo er seine Lehre fortsetzen sollte. Mühsam geriet in den Strudel der aufkommenden Literatur- und Kunstszene Berlins. Der 24-jährige Erich Mühsam verfasste Bänkellieder. Er ging nach München und schrieb für den "SIMPLICISSIMUS". Mit der Gründung der Zeitschrift "KAIN" wollte Mühsam Dichtung und politisches Engagement vereinen. Er tat sich schwer mit der Arbeitersprache, zu literarisch. Aber die Arbeiter liebten ihn, denn er wurde gehasst vom Militär und überwacht von der Polizei. Erich Mühsam trat auf gegen den 1. Weltkrieg, für soziale Gerechtigkeit. Er geißelte die Kriegsunterstützung durch die SPD. Sein Einsatz in der Münchner Räterepublik

brachte ihm eine langjährige Kerkerstrafe. Seine Werke schrieb Mühsam in den Jahren der Kerkerhaft. Nachdem sich Albert Einstein, Kurt Tucholsky, Elke Laskerschüler und Heinrich Mann für seine Freilassung eingesetzt hatten, wurde er am 22. Dezember 1924 von Tausenden Arbeitern in Berlin begrüßt. Als sie die Internationale anstimmten, wurden sie von der Polizei auseinander geknuppelt. In Berlin setzte sich Erich Mühsam für die Freilassung der politischen Gefangenen ein und gab die Zeitschrift "FANAL" heraus. Sie war in der Tendenz gegen den Marxismus gerichtet, den er ablehnte, weil er seine anarchistische Freiheitsvision nicht erfüllte. In Berlin inszenierte Leopold Lindtberg Erich Mühsams Stück "STAATSRÄSON", in Mannheim wurde sein Drama "JUDAS" vor 5.000 Arbeitern ohne Pause gespielt.

1929 warnte Erich Mühsam SPD und KPD vor dem faschistischen Staatsstreich, plädierte für ein Zusammengehen aller antifaschistischen Organisationen und für einen Generalstreik. In der Nacht des Reichs-

tagsbrands Februar 1933 wurde auch Erich Mühsam verhaftet und ins Gefängnis Lehrter Straße gebracht. Am 06. April kam er ins KZ Sonnenburg, gemeinsam mit Ossietzky und dem Literaten Hans Litten. Dann Verlegung nach Plötzensee, ins KZ Brandenburg, KZ Oranienburg. Am Nachmittag des 10. Juli 1934 wurde er ins Wachlokal bestellt. SS-Sturmführer Ehrat eröffnete ihm: "Bis morgen früh haben Sie sich aufzuhängen. Wenn Sie diesen Befehl nicht ausführen, erledigen wir das selbst." Am nächsten Morgen wurde er an einem Strick hängend über dem Abort gefunden. Der Strick war kunstvoll geknüpft, der Abstand zwischen Balken und Schlinge so gering, dass kein Lebender seinen Kopf hätte durchstecken können. Seine Fäuste waren geballt. Ermordet worden war er im Kommandantenzimmer. "Du hasstest zwar Parteien und ihre Apparate; du hasstest das Autoritäre. Aber auch als Außenstehender bleibst du uns als Kampfgefährte treu verbunden", schrieb Erich Weinert im Nachruf.

Raimund Gaebelein

Wiedergutmachungsrenten

Erinnern wir uns an den Artikel "RAUBZUG GEGEN ZWANGSARBEITER" im Januar-BAF. Dort wurde berichtet, dass sich Merkel und Schäuble an den Entschädigungsrenten der ehemaligen Zwangsarbeitern aus Belgien vergreifen wollen. Hierzu im Rahmen der Weiterbildung für die Bundesregierung ein Hinweis:

"Geldrenten, Kapitalentschädigungen und Leistungen im Heilverfahren, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden, sind nach §3 Nr. 8 EStG steuerfrei. Dazu zählen zum Beispiel Renten nach dem Entschädigungsrentengesetz."

(Akad. Arbeitsgemeinschaft Verlag, Wolters/Kluwer Deutschland, Januar 2012)

Diskriminierung,

... dem Schwarzen Freitag 1929. Die Massenarbeitslosigkeit sei damals erst zeitverzögert eingetreten, nachdem die Märkte sich anscheinend zu erholen begannen. Entscheidend sei die soziale Polarisierung der Mittelschichten für den Aufstieg des Faschismus gewesen. Immerhin hätten bislang die rechtspopulistischen PRO-Bewegungen bei uns keinen charismatischen starken Mann, wie in den europäischen Nachbarstaaten (Fidesz in Ungarn, FPÖ in Österreich, Schweizer Volkspartei). Umso gefährlicher sei die "Ökonomisierung des Sozialen", das Sozialstaatsgebot und Rechtsstaatsgebot der Artikel 20, 28 des Grundgesetzes werde ausgehöhlt, durch

Gedenken gilt allen NS-Opfern

Mit einer Anklage gegen den Krieg setzte die Bremer Chorwerkstatt Akzente. Die zentrale Gedenkfeier Bremens zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus fand am 25. Januar in einer vollen Rathauhalle statt. In Vertretung des erkrankten Bürgermeisters begrüßte Senator Lohse die Anwesenden und die Gäste, Yonah Yahav, Bürgermeister von Haifa, und Frau Cipora Feilovitsch, Auschwitzüberlebende. Ihre Lebensgeschichte vermittelten die Gäste bereits vormittags in der Bürgerschaft und vor Schulklassen. Yonah Yahav äußerte seine Besorgnis über die Morde der Naziterrorgruppe NSU. Angesichts des Schwindens der Zeitzeugen sei es "umso wichtiger", die Ereignisse während des Faschismus "in Büchern festzuhalten, in Filmen und Museen." Sein Vater wurde 1933 von den Nazis aus Köln vertrieben. Wie die in Stebenbürgen geborene 85-jährige Cipora Feilovitsch,

Hartz IV Druck auf die Belegschaften ausgeübt. Der Sarrazynismus hat seinen Weg in die Mitte der Gesellschaft angetreten. Christoph Butterwegge stellt eine starke Tendenz zum Nationalpopulismus fest. Wobei auch andere Ausgrenzungen erfolgen, die verstärkt stigmatisiert werden. Statt die Eigentumsfrage zu stellen, wird ein Teil der Bevölkerung anhand kultureller Unterschiede ausgegrenzt. Nicht die soziale Frage steht im Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten, sondern die Frage nach ethnischer Herkunft und Glaubensrichtung. Hier stehen die Gewerkschaften in der Pflicht dem aufkeimenden Rechtspopulismus entgegenzuwirken.

Raimund Gaebelein

die Auschwitz und Salzwedel überlebte, sah auch Haifas Bürgermeister seine Hoffnung in der Existenz Israels verwirklicht. Auf das friedliche Zusammenleben von arabischen und jüdischen Israelis in Haifa angesprochen, äußerte Bürgermeister Yonah Yahav in der Presse, sie hätten einfach Glück gehabt. "Das ist ein Verhältnis auf Augenhöhe - und so muss es überall werden." Abends bei der zentralen Rathaus-Gedenkveranstaltung schilderte Senator Lohse seine Gefühle vor den drei Kerzen in der Gedenkstätte Yad Vashem, die sich zur Erinnerung an die Millionen Opfer des Faschismus tausendfach widerspiegeln. Er erinnerte an die Aufgabe, die sich Bremen seit Jahren mit der Nacht der Jugend stellt. Zum Abschluss trugen SchülerInnen der KGS Brinkum den fast atemlosen Zuhörern hundert Namen und Daten von insgesamt 775 jüdischen Bremern vor, die in die Vernichtung deportiert wurden.

Raimund Gaebelein

Danke

Viele Leserinnen und Leser unterstützen uns mit Spenden. Bei ihnen möchten wir uns ganz herzlich dafür bedanken. Die Spenden ermöglichen uns die Herausgabe des BAF, die Aufrechterhaltung unseres Büros und eine ganze Reihe unserer Aktivitäten. Wir würden uns freuen, wenn wir auch in diesem Jahr weiter mit dieser tollen Unterstützung rechnen könnten. Wer für 2011 eine Spendenbescheinigung wünscht, soll bitte per Telefon, per Fax, per Brief oder per Email kurz Bescheid geben.

Regine Albrecht (Kassiererin)

Jetzt erst recht

In der angenehmen Atmosphäre der Vereinsräume von Use Akschen fand die Jahresauftakt-Veranstaltung unserer VVN-BdA am 21. Januar statt. Der Besuch war mit 27 Mitgliedern und Gästen erfreulich. Nach einer Danksagung an die vielen Aktiven brachte uns Kamerad Herbert Breidbach den zentralen Schwerpunkt unserer Aufgabe für das beginnende Jahr nahe: Konsequenz und beharrlich das NPD-Verbot voranzutreiben. Herbert verwies auf die vorangegangenen Kampagnen, bei denen 2007 immerhin fast 176.000 Unterschriften gesammelt und zwei Jahre später mehr als 5.400 Stellungnahmen. Das Buch mit diesen Stellungnahmen konnten wir letzten März in einem ausführlichem Gespräch Bürgerchaftspräsident Christian Weber und Innensenator Ulrich Mäurer übergeben. Dabei spielte die Besorgnis über die unheilvolle Rolle des V-Leutesystem eine große Rolle.

Inzwischen hat sich mit der Aufdeckung der NSU-Morde und der offensichtlichen Verstrickung des Verfassungsschutzes (und auch des CIA) die politische Situation verändert. Herbert würdigte die Entschließung der Bürgerschaft vom 15. Dezember, einstimmig getragen von den vier Fraktionen SPD, CDU, Grüne, Linke. Gefordert wird rechtsextremistischem Gedankengut mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, die

Täter strafrechtlich konsequent zu verfolgen. Die Morde der NSU werden als Folge der Verharmlosung rechtsextremen und ras-

Unterschriftensammlungen in aller Breite hatten wir 2007 begonnen, Stellungnahmen zwei Jahre darauf, und dabei gewichtige Aussagen von gewerkschaftlicher Seite, DGB, IG Metall, Ver.di erhalten. Herbert plädierte mit aller Leidenschaft dafür, von diesem gemeinsamen Beschluss der Bürgerschaft auszugehen und verstärkt Gespräche mit allen vier Fraktionen zu führen. Es komme jetzt nicht mehr so sehr auf die Masse an Unterschriften an, sondern auf das Gewicht gesellschaftlicher Gruppen für die Verwirklichung des Verbots. Das müsse in großer Breite geschehen, wenn es Erfolg haben soll.



Neben Kaffee und Kuchen gab es auch viele, gute Gespräche

sistischen Gedankenguts gesehen, wobei die Täter den Sicherheitsbehörden seit langem bekannt waren. Beobachtung und Verfolgung dieser Vereinigungen soll unter größtmöglicher Transparenz erfolgen. Zentraler Schlüssel, um diesen Gruppen gesellschaftlichen und finanziellen Boden zu entziehen, ist für die Bürgerschaft ein rechtsbeständiges Verbot der NPD. Aus öffentlich zugängigen Quellen ist die Verfassungsfeindlichkeit der NPD feststellbar, auf den Einsatz von V-Leuten soll verzichtet werden, soweit für ein erfolgreiches Verbot notwendig.

Bedanken möchten wir uns bei Aline Barthélémy, die spontan zusagte und uns mit Widerstandsliedern von Belgien und Frankreich über Russland, China und Amerika bis Italien und Deutschland führte. Bella Ciao und die Moorsoldaten zum Mitsingen. Daran anschließend konnten wir uns mit 250 Fotos, die Günter Reichert (Geschichtswerkstatt Gröpelingen) auf die Leinwand projizierte, unsere breitgefächerten Aktivitäten des vergangenen Jahres in Erinnerung rufen. Außerdem bedanken wir uns für die gutschmeckenden Kuchenspenden.

Raimund Gaebelein

Neue Militärgerichtsbarkeit in Deutschland verhindern

Die "BUNDESVEREINIGUNG OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ" diskutierte auf ihrer Jahres-

mitgliederversammlung in Bremen die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlich-

keit vorangetriebenen Pläne der Bundesregierung, einen gesonderten "Gerichtsstand für die Angehörigen der Bundeswehr im Ausland" zu schaffen.

Verfassungsschutz kläglich versagt

Mit Empörung und Kritik hat DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag auf den neonazistischen Überfall auf Jugendliche nach einem Konzert der rechten Hooligan-Band "KATEGORIE C" in Delmenhorst reagiert. Bei dem gewalttätigen Übergriff am Samstag wurden mehrere Personen verletzt. "Dieser Überfall zeigt wieder einmal, wie gefährlich die Neonazis sind. Sie sind jederzeit zur Gewalt bereit, sie prügeln und sie morden", sagte Pia Zimmermann, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie kritisierte, dass keine Polizei vor Ort war, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. "Polizei und Verfassungsschutz haben von dem Konzert gewusst - deshalb ist es völlig unverständlich, dass es zu diesem Übergriff kommen konnte." Die Band "KATEGORIE C" sei einschlägig bekannt: Ihre Texte seien gewaltverherrlichend und rassistisch, und sie habe enge Verbindungen zum Hooligan- und Neonazi-Milieu. "Der Verfassungsschutz muss sich abermals fragen lassen, was er dazu beiträgt, Menschen vor gewalttätigen Attacken zu schützen."

Auch die Rolle des Eigentümers des Veranstaltungsortes müsse nach Ansicht von Zimmermann näher beleuchtet werden. Laut Medienberichten hat er Verbindungen zur Rocker-Szene. "Wir haben schon mehrfach auf Verbindungen zwischen Rocker-Clubs und militanten Neonazis hingewiesen. Das muss jetzt endlich mal ernst genommen werden", so Zimmermann. Sie kündigte an, den Vorfall zum Thema der kommenden Landtagssitzung zu machen.

Auch die Rolle des Eigentümers des Veranstaltungsortes müsse nach Ansicht von Zimmermann näher beleuchtet werden. Laut Medienberichten hat er Verbindungen zur Rocker-Szene. "Wir haben schon mehrfach auf Verbindungen zwischen Rocker-Clubs und militanten Neonazis hingewiesen. Das muss jetzt endlich mal ernst genommen werden", so Zimmermann. Sie kündigte an, den Vorfall zum Thema der kommenden Landtagssitzung zu machen.

Christian Degener

Nach Auffassung der Bundesvereinigung würde eine solche Sonderjustiz aber nicht - wie behauptet - einer Verbesserung der rechtlichen Stellung der Soldaten dienen, sondern - im Gegenteil - den Bundeswehrangehörigen eine rechtliche Sonderstellung zuweisen, die dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform entgegensteht, Tendenzen zur Abkehr von einer Verfassungsarmee verstärkt und große Gefahren für den Rechtsstaat in sich birgt.

Den kompletten Text finden Sie auf der Website der "BUNDESVEREINIGUNG OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ" in den Rubriken Neuigkeiten, Stellungnahme und Pressemitteilungen oder direkt unter dem Link: <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Stellungnahmen/PMBV2011216.pdf>

Es sollte "nur" eine Broschüre werden

Das Buch kommt gerade rechtzeitig, um für die zur Zeit heftig geführte bundesweite Diskussion um die Zivilklausel und die überaus problematische Einflussnahme von Bremer Rüstungsunternehmen (unter anderem OHB und Rheinmetall) auf Lehre und Forschung an der Bremer Universität und der Hochschule Bremen Informationen und Argumente zu liefern. Bremen sei eine Rüstungshochburg und im bundesweiten Vergleich im Rüstungsbereich überproportional vertreten, diese Ansicht vertreten die Autoren der neuen Veröffentlichung "RÜSTUNGSSTANDORT AN DER WESER". Von bundesweit 80.000 Arbeitsplätzen in der Rüstungsproduktion fielen derzeit mindestens 4.000 auf Bremen; von insgesamt 16 Milliarden Euro Rüstungsproduktionswert (2010) kämen mindestens 1,15 Milliarden aus der Hansestadt. Das sind gute sieben Prozent der

gesamten deutschen Rüstungsproduktion - während in der Stadt Bremen nur 0,7% der Bevölkerung lebt. Und während die Rüstungsproduktion bundesweit 0,64% der Wirtschaftsleistung ausmacht, sind es hier 4,8%. "Die Rüstungsdichte ist hier sieben Mal höher als im Bundesschnitt", schreibt Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag. "Wir wollen mit dem Buch ausdrücken, dass in Bremen Dinge produziert werden, die nicht dem Frieden dienen", erklärte der verantwortliche Herausgeber Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum bei der Vorstellung der neuen Publikation in der Hansestadt. Und Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremischen Bürgerschaft, kündigte eine weitere Vernetzung ihrer Partei mit den Friedensorganisationen an. "Wir wollen Druck machen, damit der Senat sich zur

Universität und zur Rüstung positionieren muss." Vogt kündigte weitere parlamentarische Anfragen an, um weiter aufzuklären, in welchem Umfang bremische Steuergelder in Rüstungsprojekte fließen. "Bis 2001 gab es sogar einen Konversionsbeauftragten - mittlerweile scheint sich aber kaum noch jemand an Bremens Beteiligung an der Produktion von Kriegsgerät zu stören", kritisierte Mit-Herausgeberin Andrea Kolling von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Letztlich verstoße der Rüstungsstandort Bremen gegen die Bremische Landesverfassung, denn in Artikel 65 finde sich dort ein Bekenntnis zu Frieden und Völkerverständigung. "Beides lässt sich nicht mit Waffen erreichen", sagte Hartmut Drewes vom Bremer Friedensforum bei der Vorstellung des Buches. Das Buch "ERFOLGSGESCHICHTEN IN BREMEN?" ist in der Villa Ichon, beim AstA der Uni Bremen, in den Büros der Linken, in einigen Buchhandlungen, über Eva Böller Ernst Busche oder Hartmut Drewes zu beziehen. Bei Bestellung per E-Mail oder durch Einzahlung einer Schutzgebühr von 6,- EUR (+ 1,- EUR Porto) wird das Buch direkt zugesandt. Weitere Informationen: www.bremerfriedensforum.de

Furchtlos

Auf ihrer Fahrt im Jahre 2009 durch Mecklenburg Vorpommern kommt Ulla Feldhaus, die Autorin des Buches, mit ihrem Mann auch zur Gedenkstätte des Frauen-KZ-Ravensbrück. Obwohl sie das Gesehene nur schwer verarbeiten kann, blättert sie an einem Büchertisch in dem Buch "KREUZWEG RAVENSBRÜCK". Dabei stößt sie auf ein Bild der Solinger Widerstandskämpferin Mathilde Klose. Der Mythos und die Person Tilde Klose lassen sie nicht mehr los.

Sie beschließt ihren Leidensweg nachzuspüren. Daraus entstand eine 68-seitige Broschüre mit eindrucksvollen Schilderungen über das Leben und Leiden der Solingerin in den Jahren 1892 bis 1942. Eine Vielzahl von Bildern und Dokumenten

lassen den Leser der Broschüre ein wenig teilhaben an Tildes Leben. Die leichtverständliche Art des Schreibens sollte es auch Jugendlichen und Menschen, die sich noch nicht so viel mit dem Faschismus und seinen Gräueltaten befasst haben, ermöglichen, durch diese Broschüre einen ersten Schritt in diese Richtung zu machen. Und jedem Antifaschisten kann ich sie als Ergänzung seiner Bibliothek nur ans Herz legen.

Ulla Feldhaus "Furchtlos, Das Leben der Solingerin Tilde Klose" Custos Verlag, Solingen, Edition Historica, ISBN 978-3943195-02-6, 7,90 EUR

Marion Bonk

Ekkehard Lentz und Wieland von Hodenberg

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

Montag: 16:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 16:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
BIC: SBRE DE 22
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich jeden zweiten Montag von 18:30 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:30 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Bremen, den _____